

„Das politische Semester“. Das Institut für Kultur- und Universalgeschichte am Beginn der NS-Zeit

Der Wechsel in der Leitung des „Lamprecht-Instituts“ erfolgte im Herbst 1933. Zu Beginn der Vakanz nach der zwangsweisen Entlassung von Walter Goetz¹, der nach dem Erreichen der Altersgrenze die Institutsgeschäfte weiter geführt hatte, entstand H. Freyers Schrift „Das politische Semester. Ein Vorschlag zur Universitätsreform“ (Leipzig 1933). Beides ist in enger Beziehung zu sehen. Die neuere Behandlung des Übergangs der Institutsleitung an Hans Freyer² zeigte, daß nach der Ausschöpfung der Leipziger und Dresdner Quellen Lücken blieben, die nur durch die Befragung der Nachlässe von Goetz, Freyer und anderen Professoren der Philosophischen Fakultät der Universität Leipzig geschlossen werden können. Deshalb soll der Schwerpunkt auf Freyers Schrift liegen, die zudem ein Eigengewicht in verschiedener Hinsicht besitzt.

Am 21. Juni 1933 zeigte die „Leipziger Studentenschaft“ Freyers kleine Studie von 40 Seiten als „soeben erschienen“ an.³ Drei Wochen zuvor hatte der Autor ihren Inhalt mit einem Vortrag im auditorium maximum der Universität vorgestellt.⁴ Müller vermerkt, daß am 22. Mai mit dem Diederichs-Verlag der Vertrag geschlossen wurde.⁵ Zu dieser Zeit dürfte das Manuskript im wesentlichen abgeschlossen gewesen sein. Es war rasch geschrieben worden, wahrscheinlich in wenigen Wochen, und wurde noch rascher gedruckt. Wann Freyer den Entschluß gefaßt hatte, sich mit einem selbständigen Beitrag an der umfangreichen Debatte über eine Reform der deutschen Universitäten zu beteiligen, ist nicht mehr festzustellen. Eine Vorlesung zu dem Thema wurde offenbar nicht gehalten. Das Vorlesungsverzeichnis für das Frühjahrssemester weist jedenfalls keine solche aus. Allerdings nahmen frühere Veröffentlichungen von ihm manchen Gedanken der Schrift vorweg, u.a. die Kategorie „politische Erziehung“⁶, Überlegungen zur Lage der Universitäten⁷ und zu dem Thema Arbeitsdienst für alle Studierenden.⁸

Bezüge von Freyers Schrift zur Situation am Institut für Kultur- und Universalgeschichte dürfte es in zweierlei Hinsicht gegeben haben. Walter Goetz, von 1920 bis 1928 Abgeordneter der DDP im Reichstag,⁹ „Vernunftrepublikaner“ und Verfechter einer parlamentarischen Demokratie, bot seit dem Sommersemester 1930 ein öffentliches „politisches Seminar“ an. „Besprechung der wichtigsten Tagesfragen“ hieß es in der ersten Ankündigung des Vorlesungsverzeichnisses.¹⁰ Goetz setzte es bis zu seiner Entlassung fort. Hans Freyer vertrat, wie sich zeigen wird, nicht nur einen völlig anderen Begriff des „Politischen“, er sah im Führerstaat, der die Weimarer Republik abgelöst hatte, die wünschenswerte Form der politischen Organisation.¹¹ Seine Schrift „Das politische Semester“ muß deshalb als Kontrapunkt zum Seminar des amtierenden Direktors des Lamprecht-Instituts angesehen werden.¹²

Am 1. April lehnte die neue Landesregierung in Dresden den Vorschlag der Berufungskommission, Hermann Aubin als Nachfolger von Goetz zu benennen, mit sehr vagen Hinweisen auf dessen politische Haltung ab.¹³ Diese war im übrigen gegenüber den zur Macht gekommenen Nazis keineswegs kritisch. Nach dem Erlass des Gesetzes zur Wiederherstellung des Berufsbeamtentums vom 7. April 1933 mußte Goetz seine Tätigkeit als kommissarischer Direktor einstellen.¹⁴ Während im Frühsommer die Berufungskommission neue Vorschläge unterbreitete, setzte ein intensives Bemühen der NS-Parteidiinstellen ein, das renommierte Institut in ihrem Sinn umzuformen. Ein Institut für politische Wissenschaften kam ins Gespräch. In dieser Situation entsprach die Behandlung des Themas „politisches Semester“ im völkischen Sinn einer Empfehlung der eigenen Person für den vakanten Lehrstuhl. Als solche wurde sie auch von der Presse, den Parteidiinstellen und der Regierung in Dresden verstanden.

Freyers Ausgangspunkt im „politischen Semester“ ist eine Universität, die durch die „verbindliche Idee vom Menschen und seiner politischen Bildung“ geprägt wird. Eine tatsächliche Universitätsreform erfordere deshalb einen Wandel in der Bildungsidee und diese sei gegenwärtig („für uns“) „die Idee des politischen Menschen, der in seinem Volkstum wurzelt“. Demgegenüber habe die Demokratisierung in den letzten 15 Jahren die Formen der universitas aufgelöst. „Die alte humanistische Bildungsidee von Humboldt wurde schon im 19. Jh. durch Positivismus, Liberalismus und Marxismus aus dem Feld geschlagen. Deshalb trifft die Idee der politischen Bildung auf keinen Gegner, sondern auf eine geistige Leere.“

Natürlich muß, nach Freyer, an der Universität weiterhin philosophiert werden. Die gegenwärtige Philosophie sei allerdings „ein Tummelplatz skurriler Einfälle, epigonenhafter Systembildungen und belangloser Privatbekenntnisse.“ Es käme heute darauf an, daß sie Philosophie für Staatsmänner werde. Damit ist die Verbindung zum Abschnitt über politische Bildung und Erziehung hergestellt, in dem der Autor zunächst feststellt, daß diese keine rein akademische Angelegenheit sei. Dennoch erwachse der Universität in diesem Feld eine Fülle von Aufgaben. Wenn sie diese verkenne, wird sie „jeden Kontakt mit dem nationalen Dasein auf lange Zeit verlieren“. Als Subjekt der politischen Bildung definiert der Autor „nicht die auf Totalität angelegte Persönlichkeit“, die sich „aus den Schätzen der geistigen Welt nährt“, sondern „disziplinierten, einsatzbereiten Willen“. Politische Bildung beruhe auf politischer Erziehung und der Bereitschaft, „sich für Volk und Staat politisch einzusetzen“. Deshalb könne diese nicht nur Selbsterziehung der Studentenschaft sein, sondern erfordere Ergänzung durch Arbeitsdienstpflicht und soldatische Schulung („hoffentlich bald allgemeine Wehrpflicht“). Der Arbeitsdienst sollte dem Studium vorausgehen, ihm folge – und damit ist Freyer bei seinem eigentlichen Thema – dann an der Universität ein „politisches Semester“. Dessen Bedeutung bestehe darin, den Grund für die politische Bildung zu legen, ehe das Fachstudium aufgenommen wird.

Im folgenden Abschnitt entwickelt H. Freyer den Inhalt der politischen Bildung, die er als „Querbalken“ vorstellt, „der durch die Vielheit der Fachstudien

hindurchgezogen wird“. Das Semester muß für alle Studenten, die ihre Studien beginnen, obligatorisch sein und aus öffentlichen Vorlesungen bestehen, die ein dreifaches Ziel haben: 1. den Sinn für die Normen politischer Größe zu wecken, 2. den Blick für die Dynamik des politischen Geschehens zu schulen und 3. die Tatsachengrundlage für ein vertieftes Verständnis der politischen Lage Deutschlands zu gewinnen. Kritisch sei die „Dozentenfrage“, d.h. die Gewinnung geeigneter Lehrender, doch unter den vorhandenen Historikern, Staatsrechtlern, Geographen, Volkswirtschaftlern, Soziologen ließen sich wohl einige sofort verwenden, die für die Übernahme der Aufgaben fähig seien. Auch die eigentliche Berufsausbildung, die dem politischen Semester an der Universität folgt, sollte durch Kurse über die politische Bedeutung des jeweiligen Faches ergänzt werden. Freyer spricht sich aber gegen eine „Allgegenwärtigkeit des Politischen im gesamten Leben der Universität“ aus. Eine solche sei nicht organisierbar.

Auf den ersten Blick besticht sein Konzept, das sich in eine größere Anzahl von Vorschlägen zur Universitätsreform einordnet, die angesichts der tatsächlich kritischen Situation an den deutschen Hochschulen, z.B. der explodierenden Studentenzahlen am Ende der Weimarer Republik, vorgetragen wurden.¹⁵ Manche, wie etwa die Schrift des Hamburger Professors für Übersee- und Kolonialgeschichte Adolf Rein¹⁶, die Freyer im übrigen zur Kenntnis genommen hatte (S. 33), lagen in der Terminologie und den Zielen eng neben seinem eigenen Konzept. Dieses war jedoch griffiger, mit einem konkreten Plan zur Umsetzung verbunden und ging von den vorhandenen Strukturen und politischen Möglichkeiten der Universität aus.

Der öffentliche Beifall, den die gleichgeschaltete Presse dem „politischen Semester“ zollte, war sicher in der begrifflichen Übereinstimmung mit Zielen der NSDAP begründet, aber auch in deren „Mangel an konstruktiven Ideen für eine Hochschulreform“,¹⁷ die verbal bei fast jeder Gelegenheit gefordert wurde. Müller weist mit Recht darauf hin, daß Freyer die Fakultätsstruktur, überhaupt die Form der akademischen Lehre nicht antastete,¹⁸ aus der Universität eine „Hohe Schule des Staates“ machen wollte und zu diesem Zweck vor allem Geschichte, Soziologie und Politikwissenschaften mobilisierte. Substantive wie Rasse, Blut sind im Text des politischen Semesters so gut wie nicht anzutreffen. Andererseits dürfen die nationalistische Überhöhung, die leicht in Chauvinismus umschlagen konnte, das Freund-Feind-Schema, gespeist wohl aus der Verklärung des Frontsoldatenerlebnisses nicht unberücksichtigt bleiben. Hierzu kommt der Verlust an kritischer Rationalität, der das gesamte völkische Denken auszeichnete.¹⁹ Freyers Vorschlag in die Nähe des „studium generale“ zu rücken,²⁰ heißt, den grundlegend veränderten Bildungsinhalt im Vergleich zu den allgemeinbildenden Vorlesungen der traditionellen Universität des 19./20. Jh. und das andere Bildungsziel des projektierten Semesters zu übersehen. Es geht Freyer zudem nicht um Bildung allein, sondern um deren Verbindung mit Erziehung. Im Frühsommer 1933 bedeutete es schon eine erhebliche Portion Naivität, wenn er glaubte, das Bildungsideal der national gesinnten bündischen Jugend in einen Staat hinüberretten zu können, der sehr deutlich sagte, mit welchem Ziel der Bürger „gebildet“ werden sollte. Vergleicht

man Freyers Schrift mit Stimmen, die aus den Reihen der NSDAP kamen oder „parteiamtlich“ waren, werden Unterschiededeutlich. Die platten Äußerungen des Hauptschriftleiters Arthur Göpfert in der seit Frühjahr 1933 ebenfalls unter dem Titel „Das politische Semester“ erscheinenden Monatsschrift des NS-Lehrerbundes, Gauverband Sachsen, bieten kaum Substanz, außer der Forderung, daß die Partei das Recht haben müsse, in Bildungsfragen zu entscheiden, operieren aber umso stärker mit Vokabeln wie Rasse, Volk, Führertum, Wehr und Religiosität.²¹ Auch Alfred Bäumler, seit 1933 Professor für politische Pädagogik an der Berliner Kaiser-Wilhelm-Universität, führend bei der Bücherverbrennung in der ‘Reichshauptstadt’ am 10. Juni dieses Jahres, konnte zu der Aufgabenstellung für die Hochschulen, „den neuen Menschen zu schaffen“, nicht erläutern, wie dies geschehen sollte.²² Substantiellere Vorschläge kamen von Ernst Krieck, der in der Lehrerbildung tätig gewesen war, 1933 zum Professor für Pädagogik in Frankfurt a.M. und 1934 nach Heidelberg berufen wurde.²³ Die später zum „Standardwerk der ‘Bewegung’ in Erziehungsfragen“ avancierte Schrift „Nationalpolitische Erziehung 1932“²⁴ erreichte 24 Auflagen bis 1944. Krieck plädierte für eine umfassende Mitarbeit der Studenten auf allen Ebenen, von der Selbstverwaltung der Hochschule bis zu Lehre, Forschung, Prüfungen und Berufungen. Das erscheint aus der Sicht der neueren Universitätsentwicklung sehr demokratisch, muß aber im politischen Kontext des Selbstverständnisses der NS-Studenten an den deutschen Hochschulen 1933 verstanden werden. In diesem Sinn stellte der Führer dieser Organisation, Gerd Rühle, fest: „Der Sieg der Hochschulrevolution wurde mit wenigen Ausnahmen ohne Verdienst der Hochschullehrerschaft, mitunter im schroffsten Gegensatz zu ihr erfochten.“²⁵ Das hieß mit anderen Worten, „die Revolution wurde durch die Studentenschaft gemacht“. „Der Student wurde als SA-Mann der Soldat der deutschen Revolution.“²⁶ Der Hochschulgruppenführer des NSDStB Leipzig präziserte im Sommer 1933 das Ziel der Revolutionäre: „Diesem individualistischen Studenten, diesem Privatmann an der Hochschule stellen wir den politischen Studenten, den politischen Soldaten gegenüber, dem ‘Warenhaus Universität’ die politische Hochschule. Politik ist das Bewegende, Kultur das Bewegte.“²⁷ Wenige Tage später erklärte er bei einer Festsitzung der bündischen Kammer in der Messestadt gleichsam ergänzend: „Der nationalsozialistische Student verzichtete auf die Abkapselung von der Volksgesamtheit durch die ‘höhere Geistigkeit’ jenes liberalen Privatdozenten-Typus, der von den liberalen Hochschulen als ihr Ausbildungsideal betrachtet wurde. Den Weg zurückzufinden zu den Arbeitern der Faust schien ihm eine größere geistige Tat zu sein als eine wissenschaftliche Dissertation.“²⁸ Auch Kriecks Modell der Universitätsreform, für das die Arbeitsschule in der Weimarer Republik Pate gestanden hatte, sah eine außeruniversitäre Ergänzung vor, im Unterschied zu Freyers „politischem Semester“ jedoch nicht durch Arbeits- und Wehrdienst, sondern in erster Linie durch die politischen Organisationen der neuen Machthaber, Hitlerjugend und SA. Den „Kameradschaftssozialismus“ der SA sollte der „Wehrsozialismus“ des Arbeitsdienstes ergänzen.²⁹ Arbeitsdienst als Mittel zur Erziehung und als Entlastung für den Arbeitsmarkt war seit Beginn der Weimarer Republik im

Gespräch gewesen, ebenso Bestandteil verschiedener pädagogischer Reformprogramme. Nachdem es seit dem 6. Juni 1931 eine gesetzliche Regelung für den freiwilligen Arbeitsdienst gab,³⁰ ging es vor allem um den Wert einer Dienstpflicht. Freyer hatte sich bis 1933 mehrfach zu dem Thema geäußert und neben dem politischen und dem nationalen Wert auch die soziale Komponente dieses Dienstes hervorgehoben.³¹ Er unterschied sich in dieser Hinsicht kaum von dem Wohl dem NSDStB nahestehenden Leiter des freiwilligen Arbeitsdienstes an der Universität Leipzig, Gerhard Pallmann, der den „revolutionären Abstand“ der jungen Generation, die das Gesicht des Arbeitsdienstes bestimmte, von ihren Vätern und Großvätern betonte. „Daß uns die Arbeit im Arbeitsdienst die Hauptsache ist“, heißt es weiter, „das hat mit seiner Wirtschaftlichkeit für uns nicht das mindeste zu tun. Arbeitsdienst bedeutet Lossagung von kapitalistischen Denkformen, bedeutet Überwindung individualistisch-liberalistischen Wirtschaftsgeistes. Zerbrechen der Peitsche der Rentabilität.“ Im Arbeitsdienst beginnt sich „ein Durchbruch der uralten Liebe des deutschen Menschen zur Arbeit um ihrer selbst und nicht um des Lohnes willen vorzubereiten“.³²

Freyers Schrift mußte von jenen Kreisen der Gauleitung Sachsens der NSDAP und des NSDStB freudig aufgenommen werden, die nach einem Konzept für das nationalsozialistisch ausgerichtete Institut für Kultur- und Universalgeschichte suchten. Deshalb vermerkte das Dresdner Volksbildungsministerium in einem Brief vom 5. September 1933 an die Philosophische Fakultät der Universität Leipzig, in dem Fragen der freigewordenen Lehrstühle behandelt wurden, u. a., daß es für die Neubesetzung des „Lamprecht-Instituts“ bereits eine Anregung habe. Im übrigen sei dies im Geist der heutigen Zeit fortzuentwickeln und in ein Institut für politische Bildung umzuwandeln.³³ Dem folgte die Empfehlung, den Landtagsabgeordneten der NSDAP, Werner Studentkowsky³⁴, der vor 1933 Teilnehmer an Freyers soziologischen Seminaren gewesen war, in die Leitung des neu profilierten Instituts aufzunehmen.

Freyers Nachfolger im Amt des Dekans der Philosophischen Fakultät, Prof. Ludwig Welckmann, leitete den Brief seinem Vorgänger zu. Dieser antwortete am 13. September, aus dem Urlaub, auf die ihn selbst berührenden Probleme.³⁵ In dem Brief ist nicht nur Zustimmung, sondern auch ein eigenes Konzept zu erkennen, das sich mit dem des Dresdner Ministeriums nicht vollständig deckte. Freyer ging von dem Vorschlag der Berufungskommission aus, Oswald Sprengler an Stelle des abgelehnten Hermann Ambs an die Universität Leipzig zu holen. Dieser hatte jedoch abgelehnt. Der neue Plan des Ministeriums, nämlich die erwähnte Umwandlung des Instituts, bewege sich ganz auf der Linie, die von ihm selbst verfolgt werde. Die Universität habe zudem aktiv an der politischen Schulung der Studenten teilzunehmen. Und er bot sich nochmals für den freien Lehrstuhl an, da ein Historiker „nicht zur Verfügung stehe“. Dann wandte er allerdings ein, das Institut müsse auch als Zentrum für politische Bildung einen eigenen wissenschaftlichen Inhalt besitzen, der sich, wenn er zu seinem Leiter berufen würde, von der Geschichte zur Soziologie verlagerte. Nur für den Fall, daß dem Institut auch eine „Führerschule“ angeschlossen werden sollte, käme eine Heranziehung von Herrn

Studentkowsky in Frage.³⁶ Praktisch befürwortete Freyer damit eine politische Schulung im Sinne des NS-Staates durch führende Mitglieder der NSDAP als akademische Veranstaltung, bestand aber auf einer Trennung der dafür vorgesehenen Einrichtung von dem neu profilierten Institut für Kultur- und Universalgeschichte. Geht man von den Grundgedanken des „politischen Semesters“ aus, so sah der Autor keinen Hinderungsgrund, die allgemeine staatspolitische Bildung als Parteierziehung im Sinne der NSDAP zu akzeptieren, auch wenn dies verbal in seiner Schrift nicht so angelegt war.

Ferner setzte er sich auch mit seiner Vorstellung hinsichtlich des wissenschaftlichen Schwerpunktes des Lamprecht-Instituts durch, zu dessen Direktor er am 1. Oktober 1933 berufen worden war. Die Fakultät stimmte am 27. September 1933 der Umwandlung in ein „Institut für historisch begründete Politik und politische Bildung“ zu.³⁷ Im Sommersemester 1934 begann das neu eingerichtete Seminar für politische Erziehung, dessen Leiter am 19. Oktober 1933 Werner Studentkowsky, inzwischen Mitglied des Reichstages geworden war, mit Vorlesungen und Seminaren zu „Grundfragen des Nationalsozialismus“.³⁸ Hitlers „Mein Kampf“ und ähnliche Themen der Parteigeschichte standen ebenso auf dem Programm wie eine Ringvorlesung meist jüngerer Extraordinarien, von Hans Freyer und dem Althistoriker Helmut Berve abgesehen, die Themen der Geschichte und Kultur aus völkischer und rassistischer Sicht behandelte.³⁹ Nach dem anspruchsvollen Start war im nächsten Semester ein Abfall unüberschbar. Die Ringvorlesung wurde nicht wiederholt bzw. fortgesetzt; Studentkowsky war am 1. Februar 1934 in die Landesregierung berufen worden,⁴⁰ so daß das Seminar an Attraktivität verlor.

Über die Resonanz und den Besuch der Vorlesung durch die Studierenden wissen wir leider nichts. Sie wurde im Vorlesungsverzeichnis aller Fakultäten als Angebot an Hörer der gesamten Universität geführt. Da sich um die politische Schulung an den Universitäten bald mehrere NS-Einrichtungen ins Gehege gerieten, dürfte die abnehmende Intensität auch damit in Verbindung zu bringen sein. Am Institut für politische Bildung änderte sich demgegenüber wenig, wenn man von einigen Vorlesungen absieht, die stark vom ‘Geist der Zeit’ geprägt waren, etwa Freyers „Probleme des nationalen Sozialismus“ (WS 1934/35), Probleme des deutschen Ostens von W. Volz (WS 1934/35).⁴¹ In Leipzig gab es aber, ähnlich wie dies an der Hamburger Universität auf Anregung von Adolf Rein durchgeführt wurde,⁴² eine politische Indoktrination der Studenten im Sinne des NS-Staates. Die Leipziger Universität verfügte zwar bei der ‘Machtübernahme’ 1933 nur über wenige Professoren, die zum Kreis der „alten Kämpfer“ zu zählen sind und der NSDAP bereits vor 1933 angehört hatten, aber zeitweilig über eine der NSDAP nahestehende, im Grunde außerakademische Einrichtung, die Parteipropaganda in die Hörsäle trug.

Hans Freyer hatte sein Ziel erreicht. Er war Direktor eines traditionsreichen und international bekannten Instituts geworden, das im übrigen durch seine Anlage Experimentiermöglichkeiten Raum bot. Die Schrift „Das politische Semester“ hatte diese Berufung ohne Zweifel befördert. In verschiedenen Vorschlägen wick Freyers „Politisches Semester“ von Summen aus der NSDAP ab und trug einen

national-konservativen Standpunkt im Unterschied zum Rassismus und zur NS-Propaganda vor. Praktisch ließ aber Freyer solcher Propaganda in seiner Umgebung nicht nur freien Lauf, er besaß auch erheblichen Anteil daran, daß ein „Seminar für politische Erziehung“ in loser Föderation mit dem umgestalteten Institut für Kultur- und Universalgeschichte tätig werden konnte. Das stimmt wohl auch mit seinen politischen bzw. philosophischen Ansichten einerseits und der praktischen Haltung 1933/34 auf der anderen Seite überein. Der Führerstaat in Freyers Schriften war elitärer und intellektueller konstruiert als das, was sich 1933 als Wirklichkeit präsentierte. Dennoch begrüßte er diese nicht nur verbal,⁴³ sondern unterstützte sie durch seine akademische Autorität und durch seine intellektuellen Fähigkeiten.

Hans Freyer kam nach dem Herbst 1933 nicht noch einmal auf das Thema „Bildung und Universitätsreform“ zurück. Sein Aufsatz von 1935 über das „Politische als Problem der Philosophie“ ging in eine andere Richtung.⁴⁴ Man könnte daraus folgern, daß der Autor sein Ziel erreicht sah, freilich auch das Gegenteil, daß ihn die Praxis der gleichgeschalteten Universität hinderte, noch einmal seine eigenen Gedanken vorzutragen. Dafür könnte sprechen, daß Freyer 1933 nicht nur Beifall, sondern auch Kritik für seine Vorschläge erfuhr: Ein Indiz dafür ist der Brief des Gaustudentenführers von Sachsen, Thiel, an den Dekan der Philosophischen Fakultät vom 13. April 1937. Es ging darin um eine kritische Rezension zu Freyers „Pallas Athene“ (von 1935) in einer südwestdeutschen Tageszeitung. Thiel schrieb,⁴⁵ es habe Bedenken in der sächsischen Studentenschaft gegen Freyer gegeben, aber das läge Jahre zurück. Sie seien durch seinen Aufsatz (in Wirklichkeit handelte es sich um eine Broschüre – S.H.) das „Politische Semester“ hervorgerufen worden, und man habe damals gegen ihn Stimmung gemacht. Wie die Vorwürfe begründet wurden, welche Gedanken der Schrift Anstoß erregten, geht aus dem Brief nicht hervor.

Weiter führte in dieser Angelegenheit der bereits zitierte Aufsatz von Gerhard Schröder in der Zeitschrift des NS-Lehrerbundes, die den gleichen Namen trug wie Freyers kleine Arbeit. Es verwundert schon, daß im Rezensionsteil der kurz nach der „Machtübernahme“ 1933 einsetzenden Zeitschrift von Freyers Beitrag keine Notiz genommen wurde. Mit einigen Sätzen polemisiert Schröder gegen den Autor des „Politischen Semesters“, ohne ihn namentlich zu nennen. Müßig und abwegig seien Pläne, durch eine „Politische Fakultät“ oder durch ein „Politisches Semester“ die Nationalerziehung in Angriff zu nehmen. Das wäre nur ein Hinzufügen des Politischen zu allem anderen, nur eine Additio, die das andere unberührt lassen und das Politische zu einer der vielen Disziplinen machen würde. Man müsse vielmehr „die ganze Wissenschaft im Sinne der völkischen Verpflichtung binden“.⁴⁶ Wie das freilich konkret geschehen sollte, u.a. bei den Naturwissenschaften, bleibt G. Schröder dem Leser schuldig! Freyer war in seinen Augen nicht weit genug gegangen, hatte den Fächerkanon der Universität nicht durch solche erweitert, die direkt der NS-Ideologie dienten.

Dies forderte Ernst Krieck in einem Vortrag (1933) über die Erneuerung der deutschen Universität, der im übrigen ebenfalls „Das politische Semester“ Freyers

keiner Erwähnung wert findet. Die Fächerschränken sollen gebrochen werden, neue Fächer wie Wehrkunde und Rassenkunde eine Wissenschaft unterstützen, „die zur Bahnbereitung der Zukunft vordringt“. ⁴⁷ Das „politische Semester“ Freyers ebnete diesem nicht nur den Weg zum Direktorat des Instituts für Kultur- und Universalgeschichte. Die Schrift beförderte allerdings auch die Aufnahme völkisch-konservativen Gedankenguts in die Diskussion um Reformen an den deutschen Universitäten am Ende der Weimarer Republik, die sich mit Freyers Zustimmung auch ohne weiteres für den NS-Staat nutzen ließen.

- 1 Vgl. den Beitrag von M. Gibas in diesem Heft.
- 2 J. Z. Müller, *The other God that failed. Hans Freyer and the Deradicalization of German Conservatism*. Princeton 1987, S. 227ff.; S. Hoyer, Hans Freyer als Direktor des Institutes für Kultur- und Universalgeschichte (1933-1937), in: *Geschichte und Gegenwart. Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte, Gesellschaftsanalyse und politische Bildung*, Graz, 9, 1990. H. 1, S. 61-74.
- 3 Die Leipziger Studentenschaft. Nachrichtenblatt der Studentenschaft der Universität und der Handelshochschule, Hlbj. 18, 1933, Nr. 2 (vom 21. Juni 1933), S. 39.
- 4 Die Leipziger Neuesten Nachrichten berichten darüber in ihrer Ausgabe vom 1. Juni 1933 (S. 5). Offenbar war das Manuskript fertiggestellt und befand sich im Druck.
- 5 Müller, a.a.O., S. 232, Anm. 40.
- 6 Zusammenfassend W. Giere, *Das politische Denken Hans Freyers in den Jahren der Zwischenkriegszeit (1918-1933)*, Phil.Diss. Freiburg i.Br. 1967.
- 7 H. Freyer, Zur Bildungskrise der Gegenwart, in: *Die Erziehung*, 6, 1930, H. 2, S. 597-626; offenbar als Zwischenergebnis seiner Arbeit ders., Bildungsreform, in: *Leipziger Studentenschaft* 18/1933, Nr. 1 (vom 2. Mai 1933), S. 9; ders., Die Universität als hohe Schule des Staates, in: *Die Erziehung*, 7, 1932, S. 520-537 und S. 669-689.
- 8 H. Freyer, Arbeitslager und Arbeitsdienst (Rez. zweier Bücher), in: *Das Studentenwerk* 6/1932, S. 1926-1933, wieder abgedruckt in: *Gespräche und Aktion in Gruppe und Gesellschaft 1919-1933*. Freundesgabe für Hans Dehmel, hrsg. von W. Greiff, Frankfurt 1970, S. 148-154.
- 9 Zu Goetz' Mitgliedschaft im „Verein verfassungstreuer Hochschullehrer“ (V.v.H.): H. Schleier, Die bürgerliche deutsche Geschichtsschreibung der Weimarer Republik, Berlin 1975, S. 163ff.; D. Fricke, Vereinigung verfassungstreuer Hochschullehrer, in: *Lexikon zur Parteiengeschichte 1789-1945*, Bd. 4, hrsg. von D. Fricke (u.a.), Leipzig 1986, S. 368-372; H. Döring, *Der Weimarer Kreis. Studien zum politischen Bewußtsein verfassungstreuer Hochschullehrer in der Weimarer Republik*, Meisenheim/Gl. 1975, S. 140-142, 155-158.
- 10 Vorlesungsverzeichnisse Leipzig. Universität Sommerhalbjahr 1930; Hoyer, Hans Freyer, S. 62.
- 11 Leo Stern, als Soziologe und nach seiner Emigration in die UdSSR auch als Historiker in der DDR „Fachkollege“ von Hans Freyer, sprach u.a. zutreffend von einem „intellektuell sublimierten Überfaschismus“ als Mittel gegen die „Revolution von unten“ (L. Stern, *Bürgerliche Soziologie und das Problem der Freiheit*, in: *Zeitschrift für Geschichtswissenschaft*, 5, 1957, S. 678, 706).
- 12 Auch zu dem Thema Auslandsdeutschtum, über das H. Freyer schon vor 1933 mehrfach publiziert hatte und das ab 1934 der Schwerpunkt seiner Arbeit wurde, kündigte W. Goetz für das Sommersemester 1933 eine Vorlesung an, obwohl dieses zuvor nicht Gegenstand seines Interesses war. Infolge seiner Entlassung kam es nicht mehr dazu.
- 13 Müller, a.a.O., S. 238 f.; Hoyer, Hans Freyer, S. 62, zu Hermann Aubin: L. Schom-Schütte, Hermann Aubin, in: *Historikerlexikon*, hrsg. von R. vom Bruch und R. A. Müller, Münster 1991, S. 15/16.
- 14 Walter Goetz blieb nach der Zwangsemeritierung politisch aktiv und vertrat weiterhin eine kritische Haltung gegenüber dem NS-Staat. Zusammen mit Theodor Heuss übernahm er die Herausgeberschaft der von Friedrich Naumann begründeten Zeitschrift „Die Hilfe“ und publizierte in ihr am 22. April den Artikel „Im Sturm der Zeit“ (Die Hilfe, Jg. 39, 1933, S. 217), in dem er sich gegen Gewalt in der politischen Auseinandersetzung, Einparteienherrschaft und für Demokratie aussprach.

- 15 G. J. Giles, Die Idee der politischen Universität. Hochschule und Machtergreifung, in: Erziehung und Schulung im Dritten Reich, hrsg. von M. Heinemann, Stuttgart 1980, S. 51 ff.; H. Schelsky, Einsamkeit und Freiheit. Idee und Gestalt der deutschen Universität und ihrer Reform, Reinbeck b. Hamburg 1963, S. 229 ff. Zur sozialen Lage der Leipziger Studenten am Ende der Weimarer Republik M. H. Kater, Studentenschaft und Rechtsradikalismus in Deutschland 1918-1933, Hamburg 1975, S. 46 ff.
- 16 A. Rein, Die Idee des politischen Semesters, Hamburg 1933.
- 17 Giles, Idee, S. 51.
- 18 Müller, a.a.O., S. 233 f.; das bemerkt auch ein kritischer Rezensent: H. Marx, in: Zeitschrift für Sozialforschung 3, 1934 [Nachdruck 1970], S. 141; ferner Gierke, Das politische Denken, S. 189 f.
- 19 Über den mystischen Irrationalismus in Freyers Volksbegriff u.a. G. Lukacz, Die Zerstörung der Vernunft, Berlin 1954, S. 515.
- 20 Schelsky, Einsamkeit und Freiheit, S. 233.
- 21 A. Göpfert, Politische Erziehung, in: Politische Erziehung. Monatsschrift des NS-Lehrerbundes Gauverband Sachsen, Jg. 1, 1933, S. 1.
- 22 A. Bäumler, Student und Hochschule im Rahmen einer nationalen Erziehung, in: Politische Erziehung, Jg. 1, 1933, H. 6, S. 175 ff.; bei H. P. Bleuel, Professoren zwischen Kaiserreich und Diktatur, Berlin 1968, S. 210 (fälschlich Hans Bäumler); L. Poliakov/J. Wulf, Das Dritte Reich und seine Denker [Nachdr.], München 1978, S. 119-120; Kuhn, Zur ideologisch-theoretischen Begründung der faschistischen Bildungspolitik und Pädagogik durch Alfred Bäumler, Phil. Diss., Berlin 1984 (Ms), Bl. 36 ff., 43 ff.
- 23 G. Müller, Ernst Kriek und die nationalsozialistische Wissenschaftsreform, Weinheim 1975; J. Schriewer, Ernst Kriek, in: NDB, Bd. 13, Berlin 1982, S. 36-38. Zu Kriecks Wirken in Heidelberg: E. Wolgast, Die Universität Heidelberg im Dritten Reich, in: Die Geschichte der Universität Heidelberg. Vorträge im Wintersemester 1985/1986, Heidelberg 1986, S. 199 f. (hier S. 215, Anm. 114 kritisch zur oben zit. Arbeit von G. Müller).
- 24 E. Kriek, Nationalpolitische Erziehung, Leipzig 1932.
- 25 A. Faust, Professoren für die NSDAP. Zum politischen Verhalten der Hochschullehrer 1932/33, in: Erziehung und Schulung, S. 32.
- 26 G. Schröder, Student und Hochschule im Rahmen der Nationalerziehung, in: Politische Erziehung, Jg. 1, 1933, H. 4, S. 209.
- 27 E. Klemt, Wir wollen die politische Hochschule, in: Leipziger Studentenschaft, Jg. 18, 1933, S. 25.
- 28 Ders., Die Korporation an der politischen Hochschule, in: ebenda, S. 43.
- 29 Müller, Kriek, S. 399.
- 30 P. Dudek, Erziehung durch Arbeit. Arbeitslagerbewegung und freiwilliger Arbeitsdienst 1920-1933, Opladen 1988, S. 169 ff.
- 31 H. Freyer, Arbeitslager, S. 148-154; ders., Wehrdienst als Element der politischen Hochschule, in: Leipziger Studentenschaft, Jg. 18, 1933, S. 31. Hier wird der soziale Aspekt des Arbeitsdienstes als Schule für einen nationalen Sozialismus besonders deutlich; ders., Von der Volksbildung zur politischen Schulung, in: Die Erziehung 9, 1933/34, S. 10.
- 32 G. Pallmann, Inhalt und Form des Arbeitslagers, in: Leipziger Studentenschaft, Jg. 17, 1932, S. 29 f.; Die Stellung des NSDStB zur studentischen Arbeitsdienstbewegung bei Kater, Studentenschaft, S. 165 ff.
- 33 UAL, PA 474, f. 69; Müller, a.a.O., S. 239 f.; Hoyer, Hans Freyer S. 66.
- 34 Zu Werner Studentkowsky vgl. A. Faust, Der Nationalsozialistische Deutsche Studentenbund. Studenten und Nationalsozialismus in der Weimarer Republik, Bd. 2, Düsseldorf 1973, S. 261.
- 35 UAL, PA 474, f. 73; Müller, a.a.O., S. 240.
- 36 Ders., a.a.O. S. 240 übersieht die Einschränkung in dem Brief hinsichtlich des wissenschaftlichen Eigengewichts des Instituts unter Freyers Leitung.
- 37 UAL, Phil. Fak. 89, S. 145. In den Vorlesungsverzeichnissen blieb die alte Bezeichnung erhalten.
- 38 SLHA Dresden, Ministerium für Volksbildung, Loc. 10230, VIII, Nr. 77, f. 4. Auf die Konkurrenz zur Schulungsarbeit des NSDStB weist auch Müller, a.a.O., S. 241 f. hin.
- 39 Universität Leipzig, Vorlesungsverzeichnis.

- 40 SLHA Dresden, Ministerium für Volksbildung, VIII, Nr 77, fol. 26.
- 41 Universität Leipzig, Vorlesungsverzeichnis.
- 42 Vgl. G. J. Giles, *Students and National socialism in Germany*, Princeton 1985.
- 43 Beisp. bei Giere, *Politisches Denken*, S. 201ff.
- 44 H. Freyer, *Das Politische als Problem der Philosophie*, in: *Blätter für deutsche Philosophie*, 9, 1935/36, S. 347 ff.
- 45 UAL, PA 474, Bl. 108 ff.
- 46 Schröder, *Student und Hochschule*, S. 209.
- 47 E. Kriek, *Die Erneuerung der deutschen Universität*, Marburg 1933, S. 4f. (Die deutsche Hochschule, H. I).